

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Meringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, im Juli 1931

Internat. Soc.
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Fünf vor zwölf.

SPD. Als der Kabel die Nachricht von dem Hoover-Moratorium nach Europa trug, stand Deutschland am Rande der Katastrophe. In den Büros der deutschen Banken häuften sich die Kreditkündigungen aus dem Auslande. Die inländischen Sparer waren unruhig geworden und nahmen Abhebungen vor. Die Reichsbank verlor an den beiden kritischen Tagen vor der Veröffentlichung des Hooverschen Projektes täglich rund 250 Millionen Mark an Devisen. Die Kreditmaschine stockte und drohte, zu ungeheuren Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und auf die Arbeitsmärkte zu führen. Die Gefahr war aufs höchste gestiegen.

In dieser Situation wirkte der Vorschlag Hoovers wie eine rettende Tat. Im Handumdrehen war die Lage verändert. Die Vertrauenskrise war abgelenkt, die nächsten Tage brachten feste Börsen, die Kurse stiegen. Die Kreditkündigungen aus dem Ausland gingen zurück, fällige Anleihen wurden prolongiert. Die Reichsbank bekam eine Atempause und einen Rediskontkredit der grossen ausländischen Notenbanken in Höhe von 420 Millionen Mark, mit dem sie über die Zahlungstermine Ende Juni, die sich am Halbjahrsultimo häufen und zusammendrängen, hinwegkam. Die Warenmärkte, auf denen die grosse Vertrauenskrise im Zusammenhang mit den Vorgängen in Deutschland eine neue Preiskatastrophe ausgelöst hatte, zeigten auf einmal ein festes Bild. Auf den Metall- und Textilmärkten stiegen die Preise und regten zu Käufen an. Die Hooversche Botschaft war nicht nur eine Vertrauenskundgebung der nordamerikanischen Regierung gegenüber Deutschland; sie hatte auch die ganze, durch die Krise bis zur Resignation getriebene kapitalistische Welt mit dem hoffnungsfrohen Impuls erfüllt, dass jetzt der Augenblick gekommen sei, wo die Länder gemeinschaftlich mit allen Kräften und vor allem unverzüglich, sich an die Liquidation der Weltwirtschaftskrise machen würden. Man glaubte, in dem amerikanischen Projekt einer Zahlungsstundung die beste Garantie für eine solche Entwicklung in der Hand zu haben.

Noch war nichts gestundet. Noch war die finanzielle Situation in Deutschland so wie früher. Materiell war alles beim alten geblieben. Aber die Suggestion, die von der Hooverschen Entschliessung ausging, genügte, um die Tendenz in den kapitalistischen Wirtschaften, die ja naturgemäss kommende Entwicklungen vorwegnehmen müssen und in ihren Entschliessungen auf Stimmungen beruhen, aufwärts zu treiben. So wird von vielen grossen Finanzinstituten berichtet, dass mit der Veröffentlichung des Hooverschen Planes sich die lange Zeit entbehrte Unternehmerinitiative wieder regte. Man projektierte wieder. Man fing an zu kaufen. Die Hooversche Botschaft war gewissermassen ein psychologischer Kredit an Deutschland. Von psychologischen Faktoren gingen die wohltätigen Wirkungen aus, die sich am besten an der Börse und an den Warenmärkten zeigten.

Leider hat die psychologische Wirkung nicht lange angehalten. Der psychologische Kredit, den Amerika mit Deutschland aller Welt eingeräumt hatte, hielt nicht lange vor. Die Hooverhaussse an den Börsen ist vorbei. Die Tendenz an den Warenmärkten ist wieder flau. Die Skepsis nagt an den Entschlüssen des Kaufmannes und des Fabrikanten. Die Situation hat heute wieder verteilte Ähnlichkeit

mit der Lage vor der Veröffentlichung des Hooverschen Projektes und wir können nur feststellen, dass dieser Umschwung aus dem Widerstand Frankreichs gegen das Hooverprojekt datiert und in den Pariser Verhandlungen begründet ist. Wenn die französische Regierung und die französische Kammer europäisch und weltwirtschaftlich gedacht hätten, wenn sie überhaupt wirtschaftlich gedacht hätten, dann hätten sie sich mit der Hooverschen Initiative solidarisch erklären müssen. Sie würden damit der Weltwirtschaft, Europa und nicht zuletzt Frankreich und der französischen Wirtschaft den besten Dienst geleistet haben. Sie hätten den hoffnungsvollen Impuls, der durch den Hooverplan ausgelöst war, gefördert. Sie hätten dazu beigetragen, den Angelpunkt zu entwickeln, von dem aus die Wirtschaftskrise in der Welt, soweit das überhaupt eine kapitalistische Wirtschaft vermag, zu überwinden war. Das alles ist nun nicht geschehen. Man hat Hoffnungen erschlagen. Man hat eine grosse Chance verpasst. Die französische Diplomatie trägt dafür die Verantwortung.

Was das heisst, haben wir in den letzten Tagen in Deutschland erfahren. Die Vertrauenskrise hat sich verschärft, Kreditkündigungen sind aufs neue erfolgt. Die Anforderungen an die Devisenbestände der Reichsbank haben angehalten und sich zeitweise sogar gesteigert. Die Reichsbank hat den Währungskredit von 420 Millionen Mark verbraucht. Der kritische Halbjahrsultimo ist wohl überwunden. Aber die Währungsreserven der Reichsbank sind weiter zusammengeschnitten. Andererseits kommen die gewährten Kredite nicht in dem Ausmass zurück, um auf diesen Kredit verzichten zu können. Im Augenblick, wo sich aufgrund der Pariser Verhandlungen die Vertrauenskrise verschärft, ergibt sich die Notwendigkeit für die Reichsbank, im Ausland für längere Zeit einen grösseren Kredit aufzunehmen. Ganz abgesehen davon, ob dieser Kredit zu erhalten ist, muss die Reichsbank darauf drängen, dass die für die Ueberwindung des Halbjahrsultimos gewährten Kredite zurückkommen, und das bedeutet verschärfte Kreditverknappung mit allen unerwünschten und bedenklichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Die ganze Entwicklung, die sich in dem Bankmechanismus Deutschland am deutlichsten widerspiegeln muss, kann natürlich nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorübergehen. Gegenüber den Kreditkündigungen des Auslandes, das in vier Wochen ein Drittel seiner Gelder zurückzog, die es im Laufe von 5 Jahren deutschen Banken anvertraut hatte, haben die deutschen Banken ihre Nerven behalten. Sie haben getan, was man in solcher bedenklichen Situation nur tun kann: sie haben gezahlt, auf Heller und Pfennig. Ohne Zweifel war das ein grosser Aderlass für das deutsche Bankwesen. Er wird verschärft werden durch die binnendeutsche Entwicklung. Es ist nicht damit getan, dass sich die Insolvenzen häufen, dass die Konkurse steigen, dass sich in den Ueberprüfungen unserer grössten Aktiengesellschaften Riesenverluste und eine kaum vorstellbare Kapitalfehlleitung und Kapitalverschwendung ergibt. Es ist auch nicht damit getan, dass selbst jene Kreise, die sich jahrelang damit verträgstet haben, die Privatwirtschaft könne sich ohne Kontrolle austoben, weil es ja schliesslich ihr Geld sei, was sie verliert, und weil sie für sich selbst gerade zu stehen habe, da es um die eigene Existenz geht, jetzt erkennen, wie lüderhaft und wie unverantwortlich in den grossen deutschen Gesellschaften mit Volksvermögen gewirtschaftet worden ist.

Diese Riesenverluste, die in die Hunderte von Millionen gehen, werden wohl angesichts der Struktur der deutschen Kreditwirtschaft schliesslich bei den grossen Banken zu liquidieren sein. Das ist ein neuer Aderlass. Alle die Gesellschaften, von deren Schwierigkeiten wir in letzter Zeit hörten, sind sicherlich innerlich gesund. Aber sie stehen eben vor der Tatsache, ihr Kapital schneiden und sich mit den Banken hinsichtlich ihrer Verluste auseinandersetzen zu müssen. Anders können die Spannungen in der Kreditwirtschaft nicht gelöst werden. Hier entsteht eine Situation, die kritisch werden kann und Ueberraschungen birgt. Bei den finanziellen Verflechtungen der internationalen Wirtschaft, die sich auch so ausdrückt, dass so ziemlich jedes Land an Deutschland Kredite gewährt hat, kann man nur wünschen, dass ein schneller Abschluss der Pariser Verhandlungen hier eine Erleichterung bringt.

SPD. Sofia, 4. Juli (Eig. Bericht)

Der bulgarische Ministerpräsident Malinow erklärte dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" in Sofia, dass das aus dem siegreichen Volksblock ernannte neue Kabinett vor ausserordentlich schweren Aufgaben stehe. Die finanzielle Lage des Landes sei sehr kritisch und verlange schnelle und tiefgehende Reformen, die jedoch ohne besondere Mittel kaum zu realisieren seien. Dem Volke, das wirtschaftlich und sozial verelendet sei, könnten neue Steuern unmöglich aufgebürdet werden. Eine Zuflucht zu weiteren Auslandsanleihen werde ebenfalls nicht erwogen. Man empfehle seiner Regierung härteste Sparmassnahmen, aber auch davon sei herzlich wenig zu erwarten. Die Materialausgaben seien bereits auf ein Minimum gedrosselt, und von einer weiteren Herabsetzung der miserablen Bezüge der staatlichen Beamten und Angestellten könne gar keine Rede sein. Es werde schliesslich auch von einer Intensivierung der Agrarproduktion gesprochen, doch auch sie erfordere Zeit und Mittel und sei bei der Weltagrarkrise in vielerlei Hinsicht recht problematisch. Bulgarien könne heute nur eins helfen: Eine gründliche Erleichterung seiner schweren Kriegslasten.

Aussenpolitisch werde die neue Regierung eine erhöhte Aktivität entwickeln. Die Beziehungen mit den Nachbarländern seien zwar normal und gut, doch gebe es keinen Zweifel darüber, dass sie beträchtlich verbessert werden könnten. Mit der bisherigen Politik des Zögerns werde er aufräumen; es sei an der Zeit, endlich eine Liquidierung der zahlreichen offenen Fragen mit den Nachbarn zu finden. Die innenpolitische Losung seines Kabinetts sei: Stabilisierung des Friedens im Lande. Unerbittlich werde gegen jeden Ruhestörer vorgegangen werden, ganz gleich aus welchem Lager er auch komme. Die Regierung erfreue sich des Vertrauens des Volkes und des Staatshauptes. Trotz aller Schwierigkeiten würde sie zu grossen wirtschaftlichen und sozialen Reformen schreiten. Er (Malinow) sei hinsichtlich der Ergebnisse Optimist, und zwar schon deshalb, weil seine Kollegen und er den Wunsch und Mut hätten, Reformatoren zu sein und die dem Volke gegebenen Versprechungen zu halten.

SPD. Paris, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Der belgische Handelsminister hatte während eines mehrtägigen Aufenthaltes in Paris mit Unterstaatssekretär Francois-Poncet Besprechungen über die Regelung des Kohlenproblems zwischen den interessierten europäischen Ländern. Es wurde vereinbart, demnächst Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Frankreich und Belgien einzuleiten, durch das die Kohlen-Ein- und Ausfuhr der beiden Länder gemäss dem gegenwärtigen Bedarf reguliert werden soll.

SPD. In Hagen kam es kürzlich zu einer blutigen Schiesserei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Anfänglich standen die Kommunisten unter dem Verdacht der Urheberschaft, aber bald stellte sich heraus, dass Nationalsozialisten aus Dortmund die Angreifer waren. Es wurden 25 Nationalsozialisten verhaftet, von denen sich heute noch 6 in Hagen i/Westf. in Haft befinden.

Einer dieser Nazis, ein gewisser Berger, hat jetzt im Gefängnis aus freien Stücken einen langen Brief über die Zustände in der NSDAP angefertigt. Er entwirft darin ein geradezu grauenhaftes Bild. Berger, der nach der Wahl zu den Nationalsozialisten übertrat, weil er an ihrem Idealismus und die Ehrlichkeit ihrer Ziele glaubte, nennt jetzt die Dinge beim wahren Namen und nennt seine früheren Kameraden Einbrecher, Zuhälter, Taschendiebe, Betrüger, Zechpreller, Strassenräuber und Meineidige. Er belegt alles mit Tatsachen. Es sind trübe Bilder, die er malt, aber es sind Tatsachen, die er wiedergibt. Hören wir ihn:

Am 14. September sassen in Dortmund im Restaurant zum Stadttheater SA-

Leute auf Wache. Der Siegestaumel und der Durst sind gross. Das Geld ist knapp. Wie hilft man sich? Man plündert den Weinkeller. Selbst vor dem Diebstahl bei Parteiwirten scheut man nicht zurück. Da ist der SA-Mann Friderici. Er nimmt Sonntags ein Büffetfräulein des Hauptnazilokals Dortmunds Noelle mit zum Spazierengehen. Er hat kein Geld, er weiss aber, dass die Kleine kurz nach dem 1. noch Geld haben muss. Zunächst leiht er sich mal 3 Mark von ihr und stiehlt ihr nach und nach den Rest, Denn die Kleine wird allmählich betrunken. Dann bringt er sie in die Wohnung eines andern SA-Mannes. Dort wird sie von mehreren SA-Leuten missbraucht. Als nach einiger Zeit das Mädchen bei einem Diebstahl, zu dem Friderici sie gezwungen hat, aus dem Lokal Noelle fliegt wird sie von einem SA in die Wohnung genommen und muss sich zum Dank für das Uebernachten von 5 - 6 Leuten missbrauchen lassen. Später wird sie auf die Strasse geschickt Geld zu verdienen. Schliesslich wird sie aufgegriffen und da sie erst 17 Jahre alt ist, einer Erziehungsanstalt überwiesen.

Der SA-Mann Wentzel ist von Beruf Taschendieb. Der Sturmführer, darauf aufmerksam gemacht, erklärt, das seien Privatsachen. Wentzel fliegt erst als er Gelder der "Roten Erde" unterschlagen hat.

Zwischen den beiden nationalsozialistischen Zeitungen, der Essener Nationalzeitung und der Bochumer Roten Erde ist ein wilder Kampf um die Dortmunder Abonnenten entbrannt. Man möchte gerne die Nationalzeitung aus Westfalen vertreiben und arbeitet mit allen Mitteln gegen sie. Ein Aktionär, Herr Schmitt-Dortmund, der 100 000 Mark in den Betrieb gesteckt hat, muss Hitler um Vermittlung anrufen, damit die Lokalredaktion in Dortmund erhalten bleiben kann. Aber der Zeitungskrieg wird noch auf andere Weise geführt. Für jeden geworbenen Abonnenten zahlt die Nationalzeitung 2 Mark, die Rote Erde, die erst 30 Pfg. gezahlt hatte, schliesslich 1,50 Mark. So wirbt man denn für die meiste Zahlende und dreht ihr häufig genug gefälschte Bescheinigungen an.

Mit Fälschungen ist man überhaupt nicht kleinlich. Dass man unvorsichtige und betrunkene Gäste, die bei Noelle erscheinen, auf einer Bierreise um ihre Barschaft erleichtert, ist noch harmlos. Da gibt es noch ganz andere Dinge. Der Verwalter des SA-Heimes Norden, Herr Bartzen, vorbestraft mit 2 Jahren Zuchthaus, bestellt mit dem SA-Mann Heinrichs zusammen Schuhe und Hosen, erste bei der Firma Bohmer letztere bei der Firma Kahre in Dortmund. Sie vergessen zu bezahlen und unterschlagen das Geld, das sie für Hosen und Stiefel erhielten. Darauf werden sie aus der SA. herausgeworfen. Sie wollen sich das nicht gefallen lassen und ergehen sich in Drohungen. Bartzen, der besonders scharf auftritt, erhält einen Wink, wenn er nicht ganz artig sei, werde man ihn "umlegen". Das veranlasst ihn ganz stille zu sein und schleunigst nach Ostpreussen zu ziehen.

Der Lieferant für Pistolen der SA., der Waffen, die so manche verhängnisvolle Rolle in Dortmund und Umgebung gespielt haben, ist der Gausportwart des Stahlhelm Herr Emil Metzger. Er ist strenger Antisemit, wenn er auch die Waffenröcke für seine Scharen bei Juden kauft. Wie wurden die von ihm besorgten Waffen gebraucht? Als der Sturm 83 in Ramen zu einer Versammlung fuhr, gab es wilde Schlägereien. Stühle wurden in die Fenster Missliebiger geworfen, mit Pflastersteinen wurden die Schaufenster einer Metzgerei zertrümmert und Würste gestohlen. Der SA-Mann Rohersmeier verfügte damals über eine 08 Pistole mit Dum-Dum-Geschossen. Acht Tage später wurde in Dortmund in der unteren Münsterstrasse der 16 jährige Schadow durch ein Dum-Dumgeschoss getötet. Ein Arbeiter Steiger hatte den Rohersmeier schiessen sehen, kannte ihn aber nicht. Bei einer Versammlung in Aplerbeck, bei der Wagner-Bochum eine Rede hielt, besetzte die SA von hinten durch die Fenster des Saales die Bühne und bewaffnete sich dort mit Gewhrattrappen aus Holz. Da aus der Versammlung Widerspruch gegen das Eindringen der SA erhoben wurde, gingen diese gegen die Besucher vor. Es entwickelte sich eine wüste Schlägerei. Wagner warf dabei Wasserflasche und Glas in den Saal. Als einige SA-Leute vor der Schupe im Auto flüchteten, sass Wagner mit der Pistole am Fenster. Als der Sturm 83 zum Be-

zirkstag nach Holzweckede fuhr, wurden die Autos von der Polizei überraschend auf Waffen untersucht. Aus Wut darüber lauerte der SA-Führer Bauer, wie er selbst angab, dem Polizeipräsidenten auf "um ihn zu erschiessen". Als die Wohnung eines SA-Mannes in der Güntherstrasse in Dortmund mit Steinen bombardiert wurde, schossen die SA-Leute Albrecht und Rohersmeier in die Wohnung eines Kommunistenführers und verletzten ihn schwer. Zwei andere SA-Leute schworen aber, die beiden zur selben Zeit anderswo gesehen zu haben.

Im Prozess Geregk, des bekannten Zeitungsverkäufers von der Remoldikirche, wurde eine Rekordzahl von Meineiden geleistet. Existierten doch bei der SA. ganze Lehrgänge über gerichtliche Aussagen. Vorproben für Prozesse wurden bei verschiedenen Stürmen abgehalten. Aber nicht genug damit. Die Zeu-
gen-
gelder, die man nachher versoff, waren aufgrund gefälschter Verdienstbescheinigungen abgehoben worden. Ein Teil des Geldes musste für diesen Zweck abgeführt werden.

Die Feststellungen des früheren Nazi-Mannes Berger sind so ungeheuerlich, dass die Justiz daran wird nicht vorbeigehen können. Aber so wie er die Dortmunder NSDAP schildert, sieht es im Nazi-Lager vielerorts aus. Es ist ein gewaltiger Sumpf, der bis in die höchsten Spitzen reicht.

SPD. London, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

In London steht man dem bisherigen Ergebnis der amerikanisch-französi-
sche
Verhandlungen mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber.

In Paris ist es nicht gelungen den Streit um den Garantiefond zu klären. Frankreich besteht darauf, dass es im Falle eines deutschen Moratoriums nach dem Feiertag der im Youngplan vorgesehenen Verpflichtung entbunden wird und in den Garantiefond bei der BIZ Einzahlungen nicht zu machen braucht. Der Zweck dieses Fonds ist, die anderen Reparationsempfänger, vor allem England, für den Vorteil zu entschädigen, den Frankreich durch den von einem Moratorium nicht berührten ungeschützten Teil der deutschen Reparationszahlungen erhält. Diese Entschädigung aus dem Garantiefonds kommt vor allem England zu, sodass die Pariser "Einigung" nunmehr von einem Verzicht Englands auf diese Entschädigung abhängt. Eine offizielle Äusserung zu der neuen Lage lag hier angesichts des Wochenendes am Sonnabend noch nicht vor. Man kann aber wohl damit rechnen, dass England es paradox finden wird, dass Frankreich, nachdem es den Hoover-Plan fast daran scheitern liess, dass es die theoretische Intakthaltung des Youngplanes verlangte, nun eine Modifizierung dieses Planes selbst fordert. Sein Verlangen bezieht sich nicht auf das Feiertag, sondern auf den normalen Verlauf des Youngplanes im Falle eines deutschen Moratoriums.

Die Sonnabend-Abendblätter begründen ihre Kommentare in Ermangelung eines offiziellen Fingerzeigs mit den jüngsten Erklärungen Snowdens im Unterhaus und folgern daraus, dass Minister Snowden sich gegenüber dem französischen Verlangen wieder als der eiserne Schatzkanzler gezeigt habe, der die englische Kasse bewachen wird, wie er es im Haag getan habe. Die Blätter halten es für wahrscheinlich, dass zur Herbeiführung einer Einigung eine Konferenz notwendig sein werde, sodass der englische Konferenzvorschlag wieder aufgegriffen würde.

SPD. Die Reichsbank steht zur Zeit wegen der Verlängerung des ihr Ende Juni unter der Führung der Bank von England gewährten Rediskont-Kredits in Höhe von rd. 400 Millionen Mark in Verhandlungen. Als Verlängerungstermin sind vorläufig 4 Wochen in Aussicht genommen.

SPD. Paris, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon und Botschafter Edge hatten am Sonnabend-Nachmittag im Finanzministerium eine Besprechung mit dem französischen Finanzminister, die sich auf die Regelung der zwischen der französischen und amerikanischen Regierung noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des Hoover-Planes bezog. Mellon liess dann kurz vor 4 Uhr dem Finanzministerium eine Note überreichen, die auf Grund der von Washington eingetroffenen neuen Instruktionen nochmals die Ansicht der amerikanischen Regierung über die Streitpunkte zusammenfasst. Diese Note und die Abmachungen vom Freitag wurden später im französischen Kabinett, das um 16 Uhr im Elysée unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumer zu einem Ministerrat zusammentrat, beraten. Anschliessend fand nochmals eine Besprechung der französischen und amerikanischen Unterhändler statt.

SPD. Das Reichskabinett befasste sich am Sonnabend mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Voraussichtlich werden die Besprechungen am Sonntag fortgesetzt.

Von amerikanischer Seite ist die Reichsregierung am Sonnabend-Vormittag dahin verständigt worden, dass die Pariser Verhandlungen vor dem Abschluss stehen und nur noch einige Streitpunkte von geringerer Bedeutung zu klären seien.

SPD. München, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf direkte Einwirkung des Innenministers wurde der polizeilichen Duldsamkeit gegenüber den Wachtposten vor dem Hitler-Palais am Sonnabend mittag ein Ende bereitet und das erlassene Verbot im Interesse der Staatsautorität strikte durchgeführt.

Am Sonnabend gegen 1 Uhr mittags erzwang ein Ueberfallkommando mit Gewalt den sofortigen Einzug der drei uniformierten Wachtposten. Der versuchte Widerstand wurde rasch gebrochen, sämtliche Eingänge wurden polizeilich besetzt. Das Hauptportal wurde geschlossen. Anstelle des Braunhemdpostens hat ein Schutzmann den Wachtdienst übernommen mit der Aufgabe, jedermann den Zugang zu verwehren. Einlass wird nur durch die vergitterte Autoeinfahrt auf der linken Gartenseite gestattet und nur solchen Personen, die im Haus irgendwie beschäftigt sind.

Gleichzeitig sind im Strassenbild München sämtliche politischen Uniformen verschwunden, da der Polizeipräsident mit sofortiger Wirkung bis einschliesslich 15. Juli ein totales Uniformverbot erlassen hat. Auch Armbinden sind nicht mehr gestattet, dagegen sieht man noch zahlreiche Abzeichen. Die Säuberungsaktion hat den Menschen- und Autoverkehr in der sonst ruhigen Brienerstrasse vertausendfacht. Polizeimannschaften sind in grosser Zahl dauernd mit der Verkehrsregelung beschäftigt. Währenddessen brüllte Hitlers SA aus der im Keller gelegenen Kantine ihre Lieder und auf dem Balkon und hinter den Fensterbrüstungen des Palais hatten sich die obersten Hitler-Funktionäre in Positur gestellt, um das vorbeiziehende Volk zu begrüßen. Die Geduld der Polizei ist fortgesetzt auf eine harte Probe gestellt, da sie von den Hitler-Rowdys als Schwäche ausgelegt wird. Die mit dem Ueberfallkommando gefüllten Polizeiautos parken in unmittelbarer Nähe des Braunen Hauses.

In den Abendstunden sah sich die Polizei gezwungen, die Strasse vor dem Hitlerpalais vollständig zu sperren und abzuriegeln, sodass die Passage durch die Brienerstrasse während der Nachtzeit unterbrochen bleibt. Die drei Zugänge zum Braunen Haus werden von starken Polizeiwachen besetzt gehalten.

SPD. Stuttgart, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Das württembergische Staatsministerium hat beschlossen, den Landtag zu einer kurzen zweitägigen Beratung zusammentreten zu lassen, in der ein Ermächtigungsgesetz mit Blankovollmacht für zweckmässig erscheinende Abstriche am Etat verabschiedet werden soll.

Ein Grund hierzu liegt nicht vor, da die Regierung, wie sich mehrfach gezeigt hat, für jede von ihr ausgehende Sparaktion, selbst wenn sie noch so antisozial und kulturfeindlich ist, stets eine Mehrheit gefunden hat. Wenn sie jetzt dennoch eine solche Vollmacht verlangt, so scheint der Anlass dazu in dem Mangel an Mut der zur Regierung gehörenden Parteien zu liegen, die un-
bequemen Erörterungen im Landtag ausweichen wollen. Es ist z.B. bekannt geworden, dass der deutschnationale Finanzminister beabsichtigt, den staatlichen Zuschuss für die württembergischen Landestheater um eine halbe Million zu kürzen, da die Stadt Stuttgart zur Deckung des Defizits der Theater im Verhältnis zwischen 40 zu 50 beiträgt, so würde die Absicht des Finanzministers eine Herabsetzung der Zuschüsse für das Theater um 900 000 Mark bedeuten. Damit würde dem Institut ein Schlag versetzt und es würde zu schliessen gezwungen sein. Die an sich guten finanziellen Verhältnisse des Landes Württemberg, das so gut wie schuldenfrei ist, rechtfertigen eine so brutale Drosselung des bedeutenden Kunstinstitutes des Landes in keiner Weise. Da aber die Demokraten offenbar nicht den Mut haben, gegen ihre Koalitionsgenossen auf der Rechten aufzutreten, soll die ganze Entscheidung dem Landtag entzogen und dem Staatsministerium vorbehalten bleiben. Dann hoffen die Demokraten und Deutsche Volkspartei sich damit herausreden zu können, dass sie majorisiert worden seien. Es ist schlimm, wenn lediglich aus solchen parteiegoistischen Motiven das Parlament um seine verfassungsmässigen Rechte gebracht wird.

SPD. Köln, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Polizei teilt mit, dass eine der bei den Tumulten vor der Universität festgenommenen Personen der Reichsleiter des nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes namens Baldur von Schierach aus München ist. Der Rowdy ist geständig, zur Anzettlung von Unruhen eigens nach Köln gekommen zu sein. Bei seiner Festnahme gab der Naziheld einen falschen Namen an. Er legitimierte sich mit einem Studentenausweis, den er sich vorher von einem Studenten hatte geben lassen. Er wird dem Schnellrichter zugeführt.

SPD. Weimar, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Das thüringische Staatsministerium hat am Sonnabend beschlossen, den nationalsozialistischen Polizeidirektor Hellwig und dessen Stellvertreter Regierungsrat Dr. Ortlep von der Polizeidirektion in Weimar mit Wirkung vom 1. August ihrer Ämter zu entheben. Hellwig kehrt als Oberregierungsrat in das Innenministerium zurück, während sein Stellvertreter Ortlep das Amt eines Amtsgerichtsrats beim Amtsgericht Königssee erhält.

Hellwig und Ortlep war am 1. Juli 1930 die Leitung der Polizei in Weimar übertragen worden. Diese Massnahme und die Besetzung anderer massgebender Ämter der Polizei mit Nationalsozialisten führte seinerzeit zu dem Konflikt zwischen Reich und Thüringen, in dessen Verlauf die Polizeikostenzuschüsse gesperrt wurden. Wenn die thüringische Regierung die beiden Nazi-Beamten jetzt ihrer Ämter in der Polizeileitung von Weimar enthebt, dann ist daraus zu schliessen, dass ihre Amtsführung nicht länger zu ertragen war. Insofern erfährt das Vorgehen des Reiches gegen den damaligen thüringischen Naziminister Frick durch die thüringische Staatsregierung nachträglich eine Rechtfertigung. Unverständlich bleibt nur, warum die beiden Nazis wieder anderweitig beschäftigt werden.

SPD. Warschau, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Der vor vier Tagen in ganz Polen ausgebrochene Streik der Kraftdroschken- und Autobusbesitzer wurde am Sonnabend abend beendet. Die Beendigung erfolgte, nachdem die Regierung ihr Einverständnis dazu gegeben hatte, dass die den Kraftdroschkenbesitzern auferlegte hohe Wegeabgabe durch erhöhte Fahrgebühren wettgemacht wird.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags wurde am Sonnabend ein Antrag angenommen, in dem die preussische Staatsregierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung auf die Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfes zur Milderung der Arbeitslosigkeit hinzuwirken.

Im einzelnen fordert der Antrag, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine vorübergehende verkürzung der Arbeitszeit eintreten soll. Entlassungen sollen in allen dazu geeigneten Betrieben, die mehr als 10 Arbeitnehmer beschäftigen, erst erfolgen dürfen, wenn die Arbeitszeit wesentlich reduziert ist. Eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit sei abzulehnen. Es sei jedoch zu prüfen, in welchen Berufen und Industrien durch eine geeignete Verkürzung der Arbeitszeit Entlassungen vermieden werden und Neueinstellungen in grösserem Umfang erfolgen können. Ein ausreichender Schutz der Arbeitnehmer unter 18 Jahren soll durch Sonderregelung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe und des urlaubs sichergestellt werden. Die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage und in besonders gesundheitschädlichen Betrieben soll eine Sonderregelung erfahren. Die Bewilligung von Ueberstundenarbeit soll auf das unerlässliche Mindestmass beschränkt werden. Die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftsbetrieben soll verhindert werden. Die Freigabe von Werkwohnungen sei zu fördern. Ausreichende Mittel zur Arbeitsbeschaffung sollen zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen zur Instandsetzung von Altwohnungen und dem Umbau von Grosswohnungen in Kleinwohnungen, der zusätzlichen Beschaffung von Kleinwohnungen und der besonderen Förderung von Eigenheimen, einer verstärkten Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues, dienen, ferner den Zwecken der Meliorationen und Aufforstungen, der Förderung von Produktion und Absatz von Edelerzeugnissen in der Landwirtschaft, dem Strassenausbau und Brückenbau sowie dem Bau von Wasserkrafterzeugungsanlagen und der Unterstützung der Gemeinden bei Ausführung von Notstandsarbeiten. Weiter sollen Massnahmen ergriffen werden, um den freiwilligen Arbeitsdienst zu organisieren und zu fördern und eine wirksame Hilfe zu bringen den national bedeutungsvollen Industrien, besonders in den Grenzgebieten, deren Existenz zur Zeit ernsthaft bedroht sei, und zwar durch finanzielle Unterstützung oder durch zollpolitische Massnahmen zur Verhinderung von Zusammenbrüchen und weiteren Entlassungen von Arbeitskräften. In allen Schichten der Bevölkerung soll eine stärkere Aufklärung erfolgen über die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der Einfuhr entbehrlicher Genussmittel und von Luxusbedarfsgegenständen und sachlich nicht notwendiger Auslandsreisen. Ferner soll durch reichsgesetzliche Bestimmungen den Arbeitgebern die Anmeldung freier Arbeitsplätze bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen und ihrer Benutzung bei jeder Arbeitsvergebung zur Pflicht gemacht werden.

SPD. Leipzig, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts fällte am Sonnabend nach vierwöchentlichen, unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Verhandlungen im Leuna-Spionageprozess mehrere zuchthausstrafen.

Der Oekonomieverwalter Felix Amann wurde wegen militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Anstiftung zum Diebstahl, Mehlerei, schwerer Urkundenfälschung und Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu